

June 30, 1986

[GDR] Contacts with Israel

Citation:

"[GDR] Contacts with Israel", June 30, 1986, Wilson Center Digital Archive, PA AA, MfAA, ZR 5873/90. Translated by Bernd Schaefer
<https://digitalarchive.umd.edu/document/113591>

Summary:

Attachment to a letter from Koenig to Sieber dated 10 July 1986. This report assesses the increase in contact between the GDR and Israel, especially in the field of culture and science. It identifies the advantages and disadvantages of this development, including the negative impression it might create in Arab countries. Greater contact with Israel may damage the GDR's relations with the Arab countries. A proposal is made on the basis of this analysis: all contact with Israel must be carefully coordinated with the GDR Ministry of Foreign Affairs. The report provides a general list of basic principles for relations with Israel. Attached is a note containing policy advice on Israeli compensation claims.

Credits:

This document was made possible with support from The Woodrow Wilson International Center for Scholars

Original Language:

German

Contents:

Original Scan
Translation - English

30 6 10

Kontakte mit Israel

Seit geraumer Zeit ist festzustellen, daß die Häufigkeit von Kontakten zwischen der DDR und dem Staat Israel, insbesondere im kulturell-wissenschaftlichen Bereich, deutlich zugenommen hat. Immer mehr staatliche Institutionen, gesellschaftliche Organisationen, Verbände, aber auch einzelne Persönlichkeiten aus Kultur und Wissenschaft der DDR werden mit der Möglichkeit solcher Kontakte konfrontiert. Dabei ist eine gewisse Unsicherheit im Verhalten spürbar. Es ist auch nicht zu übersehen, daß ohne die erforderliche vorherige Abstimmung mit den zentralen staatlichen Organen bzw. den zuständigen Abteilungen im ZK der SED Kontakte mit Israel herbeigeführt werden, deren politische Auswirkungen die Interessen der DDR bei der Gestaltung des Verhältnisses zu Israel und auch die Interessen der DDR gegenüber den arabischen Staaten berühren können. Aus außenpolitischer Sicht sind Kontakte mit Israel im kulturell-wissenschaftlichen Bereich nicht von vornherein und in jedem Falle abzulehnen. Solche Kontakte können im Gegenteil sogar nützlich sein.

Die DDR geht davon aus, daß der gegenwärtige Zustand zwischen der DDR und Israel seine Hauptursache in der aggressiven Außenpolitik der in Israel herrschenden reaktionären Kräfte, insbesondere im völkerrechtswidrigen Annexionskurs bezüglich besetzter arabischer Gebiete, hat. Auch in dem Maße, wie es demokratischen Kräften in Israel gelingt, in den innenpolitischen Auseinandersetzungen zu dieser Frage Erfolge zu erzielen und positive Veränderungen durchzusetzen, werden schrittweise Voraussetzungen geschaffen werden, die ein Überdenken des Verhältnisses zwischen der DDR und Israel ermöglichen bzw. sogar notwendig machen. Auch die DDR wird letztlich normale diplomatische Beziehungen zu Israel haben. (In absehbarer Zeit ist damit nicht zu rechnen) Im Hinblick darauf können bestimmte Kontakte, wenn sie gezielt gesteuert werden, heute schon nützlich sein. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß geplante Aktivitäten,

die im Zusammenhang mit Israel stehen, sorgfältig vorbereitet und langfristig mit dem MFAA abgestimmt werden. Dies ist notwendig, um zu verhindern, daß die herrschenden israelischen Kreise oder andere, der DDR feindlich gesinnte Kräfte, diese Kontakte nutzen, um etwa den Eindruck zu erzeugen, die DDR habe ihre prinzipielle politische Haltung gegenüber der Aggressionspolitik Israels aufgegeben. Damit würde den guten Beziehungen der DDR zu den arabischen Staaten zweifellos Schaden zugefügt werden.

Für die Haltung gegenüber Israel ist die Einhaltung folgender Grundsätze zu gewährleisten:

1. Die DDR unterhält zu Israel weder diplomatische noch andere staatliche oder offizielle Beziehungen. Diese Haltung gründet sich auf die prinzipielle Verurteilung der völkerrechtswidrigen Aggressions- und Okkupationspolitik Israels gegenüber seinen arabischen Nachbarn und auf die Ablehnung israelischer Vorbedingungen im Zusammenhang mit "Wiedergutmachungsforderungen" für die Entwicklung normaler Beziehungen zwischen beiden Staaten.
2. Die Völkerrechtssubjektivität Israels wird von der DDR nicht in Zweifel gezogen. Die DDR respektiert die Souveränität des Staates Israel sowie die Ausübung seiner souveränen Rechte in den internationalen Beziehungen auf der Grundlage des Völkerrechts.
3. Bürger des Staates Israel, die zu touristischen oder anderen privaten Zwecken in die DDR einreisen wollen, werden wie alle anderen ausländischen Touristen behandelt. Auf sie werden ohne jede Einschränkung die in der DDR für die Behandlung von Ausländern gültigen gesetzlichen Regelungen angewandt. Dies trifft auch auf die Bestimmungen über den Reiseverkehr zu.
4. Bei Kontakten zu israelischen Instituten, Einzelpersonlichkeiten und offiziellen Vertretern ist generell zu beachten,

daß sie so gestaltet werden müssen, daß an den prinzipiellen Positionen der DDR zum Nahostkonflikt, an der Verurteilung der israelischen Aggressionspolitik und an der Solidarität mit dem gerechten Kampf der arabischen Völker um Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit kein Zweifel aufkommen kann. Kontakte mit Israel bedürfen deshalb in jedem Fall der rechtzeitigen Abstimmung mit dem MfAA.

5. Staatliche Institutionen, einschließlich Universitäten und Hochschulen sowie andere Einrichtungen des Bildungswesens und der Wissenschaft, gesellschaftliche Organisationen, Verbände usw., unterhalten in der Regel als Körperschaft keine Kontakte zu staatlichen oder anderen Institutionen des Staates Israel, auch nicht zu israelischen Einzelpersonlichkeiten, die im Auftrage dieser oder in Abstimmung mit diesen hhandeln. Ausnahmen bedürfen einer ausführlichen Begründung und sind mit dem MfAA abzustimmen.
6. Im wohlverstandenen Interesse der DDR wird DDR-Wissenschaftlern die Teilnahme an Tagungen und Konferenzen internationaler Organisationen oder nationaler israelischer Organisationen mit internationaler Beteiligung ermöglicht, die auf dem Territorium des Staates Israel, nicht aber in den von Israel widerrechtlich besetzten Gebieten (Westjordangebiet, Gaza-Streifen, Jerusalem) stattfinden. Die Zweckmäßigkeit der Teilnahme ist von den zuständigen DDR-Institutionen verantwortungsbewußt zu prüfen und zu begründen.
Die Teilnahme an Veranstaltungen nationaler israelischer Organisationen ist gegenüber Dritten mit dem persönlichen wissenschaftlichen Interesse der DDR-Teilnehmer zu begründen. Offizielle Kontakte mit staatlichen Stellen Israels sind zu vermeiden. Nachkontakte sind nur dann zulässig, wenn dies im ausdrücklichen wissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Interesse der DDR liegt.

7. Bei Tagungen und Konferenzen internationaler Organisationen, die in der DDR stattfinden, wird die gleichberechtigte Teilnahme israelischer Vertreter ermöglicht.
8. Gastspiele, Auftritte, Ausstellungen u. ä. von DDR-Künstlern in Israel oder israelischer Künstler in der DDR bedürfen einer besonders sorgfältigen Vorbereitung und Prüfung, da sie durch ihre Öffentlichkeitswirksamkeit in besonderer Weise geeignet sind, für politische Zwecke genutzt oder auch mißbraucht zu werden. Solche Vorhaben sind langfristig zwischen dem MfK, der Abteilung IV des ZK der SED, der Abteilung Kultur des ZK der SED und dem MFAA abzustimmen. Erst nach dieser Abstimmung kann auf israelische Angebote oder Einladungen reagiert werden.
9. Der Standpunkt der KP Israels sowie der anderen progressiven israelischen Kräfte ist bei den Kontakten mit Israel zu berücksichtigen.
Die Kommunistische Partei Israels orientiert in ihrer politischen Arbeit darauf, die internationale Isolierung der in Israel herrschenden aggressiven und aufs engste mit dem Imperialismus verbundenen Kräfte zu fördern. Sie erwartet dabei insbesondere die Unterstützung der sozialistischen Staaten. Die israelischen Kommunisten lehnen Aktivitäten der DDR in Israel nicht grundsätzlich ab. Sie bitten jedoch um vorherige Information über solche Vorhaben, um Unterstützung und Beratung geben zu können und zu verhindern, daß Abgesandte der DDR von den reaktionären Kräften Israels politisch mißbraucht werden.

Positionspapier zu israelischen "Wiedergutmachungsforderungen"

Den in der DDR lebenden Opfern des Faschismus galt und gilt ungeachtet ihrer Nationalität, Rasse, Religion, sozialer Herkunft und Stellung auf der Grundlage gesetzlicher Bestimmungen alle Fürsorge des sozialistischen Staates.

Die DDR betrachtet es als ihren wichtigsten Beitrag zur Verwirklichung des Vermächtnisses aller antifaschistischen Widerstandskämpfer, daß sie auf ihrem Territorium die Wurzeln des Faschismus und des Rassismus - und damit auch des Antisemitismus - für immer beseitigt hat.

Was "Wiedergutmachungsforderungen" Israels anbelangt, so sah das Potsdamer Abkommen auf dem Gebiet der DDR Reparationen an die UdSSR und die VR Polen vor (Östlicher Reparationskreis). Ansprüche aller anderen reparationsberechtigten Staaten sollten aus den westlichen Besatzungszonen beglichen werden. Hier ist anzumerken, daß der Staat Israel zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens gar nicht existierte.

In einem Protokoll vom 22. 8. 1953 vereinbarte die Regierung der UdSSR - im Einverständnis mit der Regierung der VR Polen - mit der Regierung der DDR, daß die Entnahme von Reparationen aus dem Gebiet der DDR vollständig beendet ist. Somit hat die DDR keinerlei materielle Leistungen mehr für im 2. Weltkrieg entstandene Schäden zu erbringen.

30 June 1986

Contacts with Israel

It has been noted since a considerable time that the frequency of contacts between the GDR and the State of Israel has significantly increased, especially in the cultural-academic area. Ever more state institutions, social organizations, associations, but also individual personalities from culture and science of the GDR, are confronted with the possibility of such contacts. Noteworthy here is a certain insecurity how to act. It also cannot be overlooked that, without the necessary prior coordination with the central state organs respectively the according departments in the SED Central Committee, such contacts with Israel might be initiated, which political consequences can affect the interests of the GDR in its definition of relations with Israel; as well as might affect the interests of the GDR vis-a-vis the Arab states. From a foreign policy perspective, contacts with Israel in the area of cultural and science are not to be rejected categorically and in every case. To the contrary, such contacts can even be useful.

The GDR is starting from the premise that the current situation between the GDR and Israel has its main cause in the aggressive foreign policy pursued by the reactionary forces ruling in Israel, especially with regard to the course of annexation of Arab territories in violation of international law. Also, to the extent democratic forces in Israel will succeed to achieve successes in domestic political conflicts on this issue, conditions will be created gradually to allow for a rethinking of the relationship between the GDR and Israel; or even will make such necessary. The GDR as well will ultimately have normal relations with Israel. (This is not to be expected in a foreseeable time). In this vein, already today certain contacts might be useful if they are targeted directly. The condition for such, however, is the following: Activities planned within the context of Israel have to be prepared carefully and coordinated long-term with the Ministry for Foreign Affairs. This is necessary to prevent that the ruling Israeli circles, or other forces hostile to the GDR, might use these contacts to possibly create the impression that the GDR has abandoned its fundamental political positions concerning Israel's policy of aggression. Without doubt, this would result in damage to the good relations between the GDR and the Arab states.

Regarding the position vis-a-vis Israel, the observance of the following principles needs to be guaranteed:

1. The GDR has neither diplomatic nor other state-to-state or official relations with Israel. This position is based on the fundamental condemnation of Israel's policy of aggression and occupation towards its Arab neighbors in violation of international law. It is also based on the rejection of Israeli preconditions in the context of "reparation demands" in order to develop normal relations between both states.
2. The GDR is not questioning Israel's status as a subject of international law. The GDR is respecting the sovereignty of the State of Israel, as well as the exercise of its sovereign rights in international relations on the basis of international law.
3. Citizens of the State of Israel, who want to enter the GDR for touristic or other private purposes, will be treated like all other foreign tourists. Without any reservations, they will be subject to the legal provisions in place pertaining to the treatment of foreigners in the GDR. This does also apply to the provisions regarding travel.
4. In case of contacts with Israeli institutions, individual and official representatives, the following has to be observed in general: those [contacts] have to be conducted in such a way that no doubts can arise to question the fundamental positions of the GDR concerning the Middle East conflict, the condemnation of the Israeli policy of aggression, and the solidarity with the just struggle of the Arab peoples for self-determination and national independence. Therefore contacts with Israel are requiring in each case a timely coordination with the Ministry of Foreign Affairs.
5. State institutions including universities and colleges, as well as institutions of education and the academy, societal organizations, associations, et cetera, usually do not maintain, in their capacity as an institution, contacts with state or other institutions of the State of Israel. This does also apply to Israeli individuals, who are acting on a mandate from such Israeli institutions or in coordination with them.

Exceptions from that rule do require an extensive explanation and need to be coordinated with the Ministry of Foreign Affairs.

6. In the well-understood interest of the GDR, the participation of GDR academics in conferences and conventions of international organizations, or of Israeli organizations with international participation, will be facilitated: if they are taking place on the territory of the State of Israel, however not if they are held in territories (West Bank, Gaza Strip, Jerusalem) illegally occupied by Israel. The appropriateness of such participations is to be reviewed and explained by the GDR institutions in charge in a responsible manner. Participation in events of national Israeli institutions have to be explained towards third parties with the personal academic interests of the GDR participants. Official contacts with Israeli state institutions are to be avoided. Follow-up contacts are only then allowed when they are explicitly in the scientific and economic interests of the GDR.

7. With regard to conferences and conventions of international organizations taking place in the GDR, the equal participation of Israeli participants will be facilitated.

8. Guest appearances, performances, exhibits, et cetera, by GDR artists in Israel or Israeli artists in the GDR, require an especially careful preparation and review. Because of their public character, they are particularly suited to be used, or also abused, for political purposes. Such events need to be coordinated long-term between the Ministry for Culture, the Department IV of the Central Committee of the SED, the Department for Culture of the Central Committee of the SED, and the Ministry for Foreign Affairs. Only after such coordination one can respond to Israeli offers and invitations.

9. The position of the Communist Party of Israel, as well as of the other progressive Israeli forces, is to be considered in contacts with Israel. In its political work, the Communist Party of Israel is aiming at furthering the international isolation of the ruling aggressive forces in Israel which are closely allied with imperialism. Here [the party] is especially expecting the support from the socialist states. The Israeli communists do not reject activities of the GDR in Israel in principle. However, they are asking for advance information regarding such projects in order to provide support and advice and to prevent that delegates of the GDR might be politically exploited by the reactionary forces of Israel.

Position Paper on Israeli "Reparation Demands"

The victims of fascism living in the GDR have been, and still are, subject to all the care of the socialist state based on legal provisions, notwithstanding their nationality, race, religion, social origin, or status.

The GDR is viewing it as its most important contribution towards fulfilling the legacy of all anti-fascist resistance fighters that it has forever eradicated on its soil the roots of fascism and racism, and thus also of anti-semitism.

As far as Israel's "reparation demands" are concerned, the Potsdam Agreement did stipulate reparations to the USSR and the People's Republic of Poland (Eastern reparations area) from the territory of the GDR. Claims from all other states eligible for reparations were to be fulfilled by the Western zones of occupation. It has to be noted here that the State of Israel did not exist at all at the time when the Potsdam Agreement was signed [on 1 August 1945].

In a protocol from 22 August 1953, the government of the USSR, in concordance with the government of the PR Poland, agreed with the GDR government that the removal of reparations from the territory of the GDR becomes completely terminated. Therefore the GDR does not have to provide any more material contributions towards the damages caused during the Second World War.